



Vorlage Nr. 101.18.1642

5. März 2020  
1 von 2

## Ausländerbeirat

### Antrag

#### zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung und in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung Kassel stellt fest, dass die Ausländerbeiräte die demokratisch legitimierte Vertretungsorgane sind, die die Ausländer/innen vertreten können, die keine weiteren Möglichkeiten der Teilhabe und Repräsentation haben. Die Gleichberechtigung der Einwohnerinnen und Einwohner setzt politische Teilhabe und Repräsentation voraus. Die Ausländerbeiräte sind überethnische, überkonfessionelle und überparteiliche kommunale Gremien.
2. Der Ausländerbeirat in Kassel hat sich bewährt. Kassel ist stolz darauf, dass in Kassel einer der ersten Ausländerbeiräte eingerichtet wurde. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, den Beirat auf Dauer zu erhalten.
3. Der Ausländerbeirat kann erst aufgegeben werden, wenn alle in Deutschland lebenden Ausländer das kommunale Wahlrecht erhalten haben.
4. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die Änderungen der HGO aus, die die Rechte der Ausländerbeiräte beschneiden und andere Organe wie sog. Integrationskommissionen anstelle der Ausländerbeiräte stellen.

5. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Hessischen Landtag und Hessische Landesregierung auf, die Ausländerbeiräte im Dialog mit den Ausländerbeiräten zu modernisieren, zu stärken und strukturell weiterzuentwickeln. Die Erweiterung der Rechte und Befugnisse der Ausländerbeiräte, wie z.B. ein klar geregeltes Rede- und Antragsrecht, stärkt die Beiräte und kann zur höheren Wahlbeteiligung bei den Wahlen führen. Auch die Zusammenlegung der Wahltermine von Beiräte und Kommunalwahlen wird dazu einen Beitrag leisten. Ebenso sollte das Land die finanziellen Möglichkeiten der Ausländerbeiräte und des Landesausländerbeirats erweitern, die Beiratswahlen durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

2 von 2

**Begründung:**

Berichterstatter/-in:            Stadtverordneter Norbert Sprafke

gez. Patrick Hartmann  
Fraktionsvorsitzender